

Ressort: Politik

Bericht: Wirtschaftsweise warnen vor ausufernden Staatsausgaben

Berlin, 12.11.2013, 14:38 Uhr

GDN - Die Wirtschaftsweisen warnen Union und SPD vor einer überzogenen Regulierung und ausufernden Staatsausgaben. Zwar wachse die Wirtschaft ordentlich, es gebe aber keinen größeren Verteilungsspielraum, erfuhr das "Handelsblatt" (Mittwochausgabe) aus dem Umfeld des Sachverständigenrats.

Das höchste Beratergremium der Bundesregierung stellt am morgigen Mittwoch sein Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung offiziell vor. Darin erwarten die fünf Weisen einen nachhaltigen Aufschwung für Deutschland: Im nächsten Jahr soll die Wirtschaft um 1,6 Prozent wachsen, nach mäßigen 0,4 Prozent in diesem Jahr. Nach Ansicht des Sachverständigenrats wird der Aufschwung von der Binnenwirtschaft und einem Anstieg der Konsumausgaben getragen. Infolgedessen steige die Beschäftigung auf neue Höchststände. Nächstes Jahr werde die Erwerbstätigkeit auf 42,1 Millionen Beschäftigte anwachsen, das wäre ein Plus von 240.000. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steige nächstes Jahr auf 29,679 Millionen. Das wäre ein Zuwachs von 312.000 gegenüber diesem Jahr. Die Arbeitslosenquote verharre in beiden Jahren knapp unter der Drei-Millionen-Grenze.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-25017/bericht-wirtschaftsweise-warnen-vor-ausufernden-staatsausgaben.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619